

CDU-Fraktion
FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
SPD-Fraktion
FDP-Fraktion

Lothar Müller / Die Linke

Klettenberg*Sülz*Lindenthal*Braunfeld*Müngersdorf*Junkersdorf*Weiden*Lövenich*Widdersdorf

An die Bezirksbürgermeisterin
Helga Blömer-Frerker

An den Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Köln 11.04. 2011

Titel Resolution

Die Bezirksvertretung Lindenthal bittet die Stadt Köln fristwährend Einspruch bei der Bezirksregierung Arnsberg zu erheben. In diesem Verfahren ist eine Beteiligung der Stadt Köln als Träger öffentlicher Belange unterlassen worden, obwohl die Einwirkungen und Auswirkungen der geplanten Müllverbrennung im Braunkohlenkraftwerk Hürth-Berrenrath auf das Stadtgebiet Köln durch vorherrschende West- und Südwest-Winde gegeben sind und die Stadt Köln in direkter Nachbarschaft zur Stadt Hürth liegt.

Da die Frist der Einwendungen am 26. April 2011 abläuft, ist eine Stellungnahme der Stadt Köln nicht möglich. Die schriftliche Begründung für den Einspruch und die Stellungnahme der Stadt Köln wird an die Bezirksregierung Arnsberg nachgereicht:

Die inhaltliche Stellungnahme der Stadt Köln beachtet folgende Punkte:

Grundsätzliche Frage des Verfahrens nach Bundesbergrecht

Einhaltung der Gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien der 17. BImSchV i.V. der EU-Richtlinie 200/76/EG

Betrachtung des Einsatzes von Ersatzbrennstoffen und Biobrennstoffe und Braunkohlenfaserholz

Neuster Stand der Technik und Filter

Verbrennungstemperatur des Kessels

Abgasreinigung und Rauchgasreinigung

Die Auswirkungen von Asche, PCB/PCP, Arsen, Nickel und Bezo(a)pyren, SO_x, Schwefel, Benzol auf das Stadtgebiet von Köln

Grenzwerte von Flüssig bzw Biobrennstoffen festlegen ohne den Anhang II der 17. BImSchV einzubeziehen.

An- und Abfahren des Kessels mit modernster Technik zur Einhaltung der Grenzwerte

HCl-Grenzwerte und deren Einhaltung nach den neusten Stand der Technik

Emissionsüberwachung HCl, HF, Dioxine und Furane wird mindestens zweimal jährlich vorgenommen

Neues Gutachten zu Dioxine und Furane

Einhaltung der gesetzten Grenzwerte bei Stickoxide

Einbeziehung der im Westen der Stadt Köln gelegenen Messstationen (Junkersdorf und Weiden) in die Beurteilung der Umweltverträglichkeitsuntersuchung)

Begründung: Schutz der Bevölkerung im Stadtbezirk Lindenthal und in Köln vor den Umweltauswirkungen der geplanten Müllverbrennung in Hürth-Berrenrath

Horst Nettessheim

Roland Schüler

Lisa Steinmann

Horst Knauf

Lothar Müller